Neue Zürcher Zeitung

Der Plan der Mullahs wird scheitern

Mit der Vertreibung des Schahs verbanden sich 1979 erstaunliche Hoffnungen. Seither haben sich die Geistlichen das iranische Volk untertan gemacht und betreiben gewaltsam die islamische Weltrevolution. Ihre Zeit läuft ab.

Gastkommentar von Wahied Wahdat-Hagh

In der schiitischen Eschatologie gibt es eine apokalyptische Vision, die eine Parallele zum Konzept des Armageddon bildet. Sie droht seit längerem schwerwiegende weltpolitische Auswirkungen zu haben. Schiiten erwarten das Erscheinen des Erlösers, des Mahdi, der am Ende der Zeiten nach einer entscheidenden letzten Schlacht alles Unrecht auf Erden beseitigen und weltweit die Herrschaft des Islam etablieren soll. Doch es gibt ein Hindernis: Diese letzte Schlacht, die zum Triumph der Muslime führen wird, wird es nie geben.

Der Mahdi, der zwölfte Imam, ist eine messianische Figur, die gemäss Mythologie im Jahr 870 in Samarra geboren wurde und bereits im Alter von fünf Jahren als der zwölfte Imam anerkannt wurde. Während seines Lebens trat er jedoch nicht gross in Erscheinung und ging nach seinem Tod in die sogenannte «grosse Verborgenheit» über. Seitdem warten die Schiiten auf seine Rückkehr.

Die Jamkaran-Moschee in Ghom soll bereits zu Lebzeiten des zwölften Imams existiert haben. Sie ist ein wichtiger Pilgerort. Der gegenwärtig herrschende Ayatollah Ali Khamenei und der ehemalige Präsident Mahmud Ahmadinejad gehören zu den bekannten Politikern, die den Jamkaran-Kult propagieren. Erfolglos, denn die Mehrheit der Iraner glaubt nicht daran.

Bereits im 19. Jahrhundert forderten schiitische Kleriker gegen das Eindringen von aufgeklärten westlichen Ideen eine Rückkehr zum goldenen Zeitalter des Islam und blockierten die kulturelle, politische und wirtschaftliche Modernisierung der iranischen Gesellschaft. Ein Beispiel hierfür ist Faslollah Nuri (1843–1909), der sich auf die Lehre des verborgenen Imams berief und als antijüdischer Vorkämpfer im islamischen, antikolonialen Widerstand gegen die Moderne auftrat.

Khomeinys Kehrtwende

Für die antijüdische Propaganda durch klerikale Kräfte, die mit Hass und Gewalt auch gegen die neu entstandene Bahai-Religion und gegen die Emanzipation der Frauen vorgingen, steht weiter Navab Safavi (1924–1956), der 1945 die Terrororganisation Fadayan-e Islam gründete und zum Vorbild für Ayatollah Khomeiny wurde. Schon 1947 schürte Safavi Feindseligkeit gegenüber dem entstehenden Staat Israel. Am 12. Dezember jenes Jahres berief er in einer Teheraner Moschee eine antijüdische Versammlung ein, auf der er verkündete, mit 5000 Freiwilligen in den Krieg gegen die Juden zu ziehen.

Safavis Einfluss auf Khomeiny war weitreichend, aber auch bei den ägyptischen Muslimbrüdern fand er Gehör. 1953 traf er in Kairo den ägyptischen Islamisten Sayyid Qutb und ermutigte dessen Adlaten, Yasir Arafat, das Ingenieurstudium aufzugeben, um den Kampf gegen die Zionisten aufzunehmen. Es ist kein Zufall, dass der heutige religiöse und politische Führer Irans, Ali Khamenei, mehrere Schriften Sayyid Qutbs aus dem Arabischen ins Persische übersetzt hat.

Ayatollah Khomeiny, der Führer der islamischen Revolution von 1979, vertrat in seinem einflussreichen Werk «Velayat-e Faqih» («Die Vormundschaft des islamischen Rechtsgelehrten»), das erstmals 1970 in Beirut veröffentlicht wurde, die Auffassung, dass die Schiiten nicht länger auf das Erscheinen des zwölften Imams warten sollten. Stattdessen müsse ein islamistischer Staat unter klerikaler Führung errichtet werden, der die Prophezeiung des Mahdi verwirklicht. Sich selber betrachtete Khomeiny als Stellvertreter Gottes auf Erden. Obwohl seine Schrift anfangs kaum Beachtung fand – ausser in revolutionären schiitischen Kreisen –, sollte sie den Fortgang der Geschichte im Nahen Osten massgeblich prägen.

Nach der Vollendung der islamischen Revolution erhielt Khomeinys ideologische Umdeutung der Scharia Verfassungsrang: In Artikel 5 der iranischen Verfassung wird festgelegt, dass während der Abwesenheit des zwölften Imams ein Rechtsgelehrter die Führung des Staates übernehmen müsse. Bereits in der Präambel sind das politische Ziel der Zerschlagung «imperialistischer Planungen» und die Unterstützung der «Befreiungskämpfe der Völker» verankert, dies auf der Basis eines umfassenden Anspruchs auf islamische Weltherrschaft.

Die Etablierung und Anerkennung des Staates Israel durch die Uno passte ganz und gar nicht in das Alleinanspruchskonzept der Islamisten. Kein Wunder, gehörten der jüdische Staat und die Juden fix zu Khomeinys Feindbildern. Im sogenannten Dar al-Islam, dem Haus des Islam, sprich im geografischen Kernbereich des Islam, darf kein jüdischer Staat seinen Platz haben. Auch ein christliches Staatswesen wäre für Khomeiny ein Unding gewesen.

Die schiitische religiöse Aufladung der iranischen Staatspolitik hatte verheerende Konsequenzen. Es wurde von Teheran aus ein System von revolutionären bewaffneten schiitischen Bewegungen gegründet, die im Verein mit von Iran finanzierten sunnitischen Terrorgruppen bereits jetzt die letzte Schlacht für den Islam schlagen sollten.

Die islamische Revolution von 1979 stellte eine historische Wende dar, deren zerstörerische Auswirkungen weit über die Grenzen Irans hinausreichten. Im Westen liessen sich viele Intellektuelle, die eben noch die kommunistische Weltrevolution

Die schiitische religiöse Aufladung der iranischen Staatspolitik hatte verheerende Konsequenzen.

betrieben hatten, von den Idealen der islamischen Revolution mitreissen, die gegen den von den USA gestützten Schah von Persien geführt wurde. Was mit dem Proletariat von Marx nicht gelungen war, sollte nun dank dem Zorn von Allah funktionieren.

Dabei war der brandgefährliche Extremismus von Ayatollah Khomeiny schon vor der Revolution bekannt. Der eliminatorische Antisemitismus, die strikte Ablehnung des Existenzrechts Israels, die gewaltsame Unterdrückung der Bahai und die systematische Diskriminierung der Frauen hätten als Lackmustest ausgereicht, um für westliche Linke einen Pakt mit seiner Bewegung völlig unmöglich zu machen. Doch viele Intellektuelle blieben in ihrem Antiimperialismus und Antiamerikanismus blind. Die Augen gingen ihnen erst auf, als Khomeiny bald nach der Machtübernahme alle Andersdenkenden und insbesondere auch die Schah-kritische iranischen Linke ins Visier nahm und ausschaltete.

Historische Fehleinschätzung

Der destruktive Charakter der islamischen Revolution wurde von Anfang an unterschätzt. Der amerikanische Präsident Jimmy Carter sah in Khomeiny eine Art Gandhi, während der poststrukturalistische französische Philosoph Michel Foucault die islamische Revolution als eine «spirituelle Alternative» zur Moderne ansah, obwohl er deren antisemitische und fremdenfeindliche Tendenzen durchaus wahrnahm. Von der Faszination des Bösen angezogen, wollte Foucault im schiitischen Islamismus eine überlegene politische Moral und den «neuen Weltgeist» erkennen. Gefangen in seinen romantischen Idealen, übersah er jedoch dessen totalitären Machtanspruch.

Zahlreiche Kenner der Region erblickten in der Islamischen Republik eine legitime, religiös-traditionelle Herrschaftsform. Die Machtübernahme der Mullahs, die sich von den revolutionären Massen feiern liessen, war ihnen Ausdruck des nationalen Volkswillens.

Die diktatorischen Verhältnisse haben diese Ideen längst widerlegt. In den vergangenen Jahrzehnten hat es in Iran immer wieder erbarmungslos unterdrückte Volksaufstände mit Hunderten von Toten gegeben. Spätestens seit der jüngsten Rebellion unter dem Motto «Frau, Leben, Freiheit» ist klar, dass das ausschliesslich auf Machterhalt abzielende Regime einzig noch die Unterstützung jener geniesst, die von ihm profitieren. Das freilich sind viele. Die Mehrheit der Iraner hingegen lehnt die islamisch-klerikale Diktatur entschieden ab.

Bereits während des iranisch-irakischen Krieges (1980 bis 1988) verkündete Khomeiny, dass der Weg zur Befreiung Jerusalems durch Karbala führe, eine den Schiiten heilige Stadt im Irak. Khomeiny nahm schliesslich die Uno-Resolution 598 vom 20. Juli 1987 zur Beendigung des Krieges widerwillig an und verglich diesen Schritt mit dem Trinken eines «Giftbechers». Der amerikanische Feldzug gegen den Irak, der Sturz der Diktatur und der damit losgetretene desaströse Bürgerkrieg führten schliesslich dazu, dass die von Saddam Hussein lange brutal unterdrückten Schiiten im Zweistromland tonangebend wurden.

Ideologie und Atommacht

Seit sie in Teheran an der Macht sind, verfolgen die Mullahs konsequent die Agenda, die islamische Welt von westlichen Einflüssen zu befreien und nach ihren eigenen Vorstellungen zu formen. Mittlerweile haben sie sich dazu auch mit Russland und China verbündet. In den vergangenen 45 Jahren hat das Regime islamistischen Bewegungen weltweit Auftrieb gegeben und terroristische Gruppierungen erheblich gestärkt.

So wurde der libanesische Hizbullah 1982 von iranischen Linksislamisten, den späteren Reformislamisten, aufgebaut und militärisch geschult. Zusammen mit der Hamas, den Huthi und anderen militant-islamistischen Gruppen im Irak und in Syrien erhielten sie Abermillionen iranischer Petrodollars – Geld, das die aufgrund des Atomprogramms von internationalen Sanktionen geplagte, darbende iranische Gesellschaft selber dringend benötigt hätte. Diese ist mittlerweile immer weniger bereit, das üble Spiel mitzuspielen.

Iranische Politiker warnen ihre Widersacher immer wieder davor, dass Iran die Option zum Bau einer Atombombe offenstehe, ja dass das Land kurz davor sei, über eine solche zu verfügen. Präsident Ahmadinejad erklärte bereits 2006, dass Iran mittlerweile zu den Atomstaaten zähle. Unklar blieb dabei, ob dies auch den militärischen Bereich umfasst. Iran hat am 1. Juli 1968 den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, der am 5. März 1970 in Kraft trat.

Historisch gesehen reichen die atomaren Ambitionen des Landes bis in die fünfziger Jahre zurück. 1957, während des Kalten Krieges, schlossen die USA mit Iran ein Abkommen zur nuklearen Zusammenarbeit. 1974 unterzeichneten Siemens, AEG und ThyssenKrupp einen Vertrag zum Bau zweier Reaktoren, die bis 1982 fertiggestellt werden sollten. Nach der islamischen Revolution und im Zuge des irakisch-iranischen Krieges zogen sich jedoch die westlichen Investoren zurück, und die wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen für die Fortführung des Atomprogramms waren nicht mehr gegeben.

Ayatollah Khomeiny gab das Projekt mit der vorgeschobenen Behauptung auf, die Atombombe sei ohnehin unislamisch. Mit der Machtübernahme von Ayatollah Khamenei im Jahr 1989 wurde das Atomprogramm dann wieder neu lanciert. Seit 2011 läuft dank russischer Unterstützung das Kernkraftwerk Buschehr. Mithilfe von Urananreicherungsanlagen soll ein Brennstoffkreislauf geschaffen werden, aus dem sich waffenfähiges Uran gewinnen lässt.

Die Moscheen leeren sich

Während die aussenpolitischen Illusionen des Regimes mit dem verlustreichen Krieg gegen Israel schwinden, überwiegt innenpolitisch Zynismus. Bereits der Ex-Präsident Rafsanjani zeigte Sympathien für den «chinesischen Weg», eine Kombination aus wirtschaftlicher Liberalisierung und diktatorischer Repression. Heute ist Iran womöglich dabei, den nordkoreanischen Weg zu gehen. Tatsächlich ist die Islamische Republik weder politisch noch wirtschaftlich reformierbar, und nach dem Tod Ali Khameneis ist eine Verschärfung der bestehenden totalitären pseudoreligiösen Herrschaft unter Mithilfe der Revolutionswächter und eines neuen klerikalen Oberhaupts sehr wahrscheinlich.

Von bitterer Ironie ist, dass in Iran eine Gesellschaft in religiöser Geiselhaft gehalten wird, welche die wohl säkularste in der islamischen Welt darstellt. Jahrzehnte Erfahrungen mit dem religiös verbrämten Unrechtsregime haben dazu geführt, dass immer weniger Iraner an die herrschende islamische Ideologie glauben. Und auch die Moscheen leeren sich. Ein Iran ohne klerikale Diktatur erscheint heute zwar vorstellbarer denn je, was und wer aber an die Stelle der Mullahs treten soll, ist eine offene Frage.

Kommt es je zu einem Sturz der Mullahs, wäre eine verfassunggebende Versammlung nach dem Vorbild des parlamentarischen Rates einzuberufen, die unter Aufsicht der EU und der USA über die Zukunft des Landes entscheidet. Dabei sollten die Iraner frei darüber entscheiden können, ob sie in einer parlamentarisch-monarchistischen Demokratie oder in einer demokratischen Republik leben wollen. Die iranischen Republikaner haben zu lange an der Vorstellung der Reformierbarkeit der Islamischen Republik festgehalten. Deshalb sind die Chancen der im amerikanischen Exil weilenden Pahlavis nicht zu unterschätzen, die einst den Schah von Persien stellten.

Wahied Wahdat-Hagh ist ein Sozialwissenschafter, Publizist und Dolmetscher iranischer Herkunft. Er lebt in Deutschland.